

Was halten Planer von der Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV)?

Künftiger Neubau-Standard im Visier

Die Anforderungen verschärfen, in einer Stufe oder in mehreren? Welches Maß ist überhaupt zumutbar und sinnvoll? Was Planer zur EnEV-Novelle zu sagen haben, zeigt eine aktuelle Umfrage, die vor allem eines deutlich macht: Die Verantwortlichen vor Ort wünschen sich Planungssicherheit durch klar formulierte langfristige Ziele und vorab definierte Teilschritte. Kritisch gesehen werden Novellen in kurzen Zeitabständen, deren Inhalte jeweils politisch neu verhandelt werden.

Text: Melita Tuschinski

Artikel aus

greenbuilding

Heft 07–08 · August 2013 · S. 19–21

© 2013 Fachverlag Schiele & Schön GmbH
Nr. 9913

Wieder ändert der Bund die Energiespar-Vorschriften im Bauwesen und setzt diesmal die europäischen Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie 2010 und die nationalen Ziele der Energiewende um. Der EnEV-Entwurf der Bundesregierung vom Februar dieses Jahres sieht vor, dass sich die Energieeffizienz von Neubauten künftig in zwei Stufen verschärft: zunächst mit Inkrafttreten der Novelle – voraussichtlich im Jahr 2014 – und danach ab 2016. Dabei soll der höchstzulässige Jahres-Primärenergiebedarf um jeweils 12,5 Prozent sinken und der maximal erlaubte Wärmeverlust durch die Gebäudehülle soll sich parallel dazu um jeweils zehn Prozent mindern. Seit April melden sich immer mehr Stimmen aus Politik und Wirtschaft zu Wort und kritisieren die geplante Verschärfung. Sie plädieren für eine moderatere energetische Erhöhung des Neubaustandards und in einer einzigen Stufe. Was meinen die Planer, Architekten und Energieberater, die die EnEV Tag für Tag umsetzen, zu den Verschärfungs-Absichten des Bundes? Die Redaktion des Internet-Portals EnEV-online.de hat im Mai ihre Leser befragt.

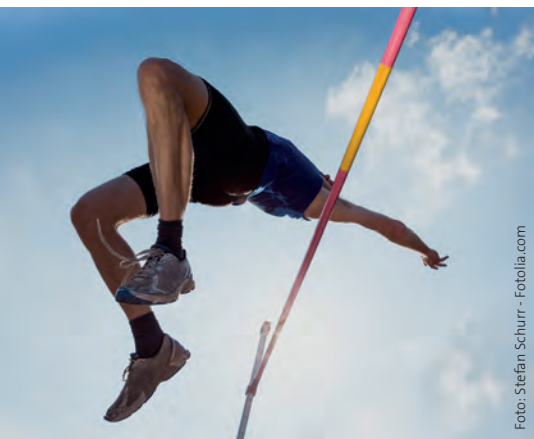
Gegen jegliche Verschärfung

Etliche der befragten Leser sprechen sich vehement gegen die Verschärfung des Energiestandards im Neubau aus, denn sie verursache immer höhere Kosten für die Bauherren. Statt dessen solle eher die praktische Anwendung der bisherigen Anforderungen der EnEV besser kontrolliert werden, beispielsweise bei der energetischen Inspektion der Lüftungs- und Klimaanlage. Eine Fehlerquelle sei auch die Diskrepanz zwischen dem, was auf dem Papier errechnet und was dann auf der Baustelle ausgeführt werde. Die Theorie im Büro und die Praxis auf der Baustelle lägen erfahrungsgemäß häu-

fig sehr weit auseinander, so die Meinung der Umfrageteilnehmer. Ein Planer berichtet, er beobachte häufig, dass selbst finanziell geförderte KfW-Effizienzhäuser ohne eine entsprechende Baubegleitung erstellt würden. Das böse Erwachen käme erst danach, wenn sich herausstelle, dass der fertiggestellte Neubau kein KfW-Effizienzhaus sei. Ein professioneller Bauträger schätzt, dass es wohl künftig verstärkt darum gehe nachzuweisen, dass die von der EnEV „aufgezwungenen“ Maßnahmen unwirtschaftlich wären und dem Bauherrn zu helfen sei, „sich von den EnEV-Pflichten zu befreien“. In seiner Praxis erlebe er es immer wieder, dass Planer bereits heute hierzu Wege suchten. Der Bund müsse nicht alles gesetzlich regeln, meint ein anderer Umfrage-Teilnehmer. Bauherren wären auch selbst an einem sparsamen Energieeinsatz interessiert.

Moderate, einstufige Verschärfung

Die FDP-Bundestagsfraktion hatte im Mai eine Lawine ins Rollen gebracht: Sie forderte eine einzige moderate Verschärfung im Neubau, weil sonst die Bauherren durch die Kosten überfordert wären. Ein Großteil der Umfrage-Teilnehmer plädiert zwar auch für eine moderatere Verschärfung in einer einzigen Stufe, diese solle jedoch an zusätzliche Anforderungen gekoppelt sein, wie beispielsweise die Umsetzung und Kontrolle auf der Baustelle sowie die Aus- und Weiterbildung der Baufachleute. Manche Teilnehmer schlagen vor, durch die EnEV-Novelle künftig Lüftungsanlagen verpflichtend einzuführen sowie die Anforderungen an die Heizungs- und Regelungstechnik zu verschärfen. Eine Steuerung im Sinne einer klaren Planung findet ein anderer Leser sinnvoll und verweist auf Dänemark als europäisches Vorbild.



Wie hoch darf sie liegen, die Latte für die neue EnEV? Eine Umfrage unter den Anwendern zeigt, was Architekten und Planer sich wünschen und welche Erwartungen sie haben.

Die kurzen Zeitspannen zwischen den Verschärfungs-Schritten der EnEV werden ebenfalls kritisiert. Gewünscht werden längere Etappen von mindestens fünf Jahren. Ebenfalls in der Kritik: Der holprige Novellierungsprozess der Verordnung. Das sich „Immerweiter-Herausögern“ und das „Vor-und-wieder-zurück-Rudern“ der EnEV-Novelle erwecke den Eindruck, dass die einst klaren Ziele immer mehr verwässern und unrealisierbar werden. Der Weg über eine einstufige, geringere Verschärfung würde auch die Hoffnung auf einen schnelleren Konsens wecken.

Den Zeitfaktor nimmt einer der Umfrage-Teilnehmer ins Visier und fordert für mindestens zehn Jahre keine weiteren Änderungen. Warum sollten Bauwillige jetzt planen, wenn sich in einigen Monaten wieder alles ändere? Eine langfristige Planungssicherheit sei für Bauherrn, Eigentümer und Investoren dringendst notwendig. Im Baubestand solle der ursprüngliche Vorschlag, zehn Prozent der Sanierungskosten steuerlich absetzen zu können, endlich verwirklicht werden, damit die Energiewende tatsächlich beginnen könne.

Nach einer Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena) mache eine Sanierung zum KfW-Effizienzhaus 70 wirtschaftlich durchaus Sinn, wenn die ohnehin notwendige Modernisierung (Fassade streichen, dafür Gerüst aufbauen, Erneuern einer defekten Heizung, etc.) anstehe. Ein Umfrage-Teilnehmer findet, dass weitere Kostensteigerungen für Neubauten den Bauherrn generell nur sehr schwer bis gar nicht zumutbar wären; diese würde viele Interessierte davon abhalten, ihren Wunsch nach einem Eigenheim umzusetzen.

Höhere, einstufige Verschärfung!

Längerfristig gültige Entscheidungen sind vorteilhafter für alle am Bau Beteiligten, finden etliche Umfrage-Teilnehmer. Deshalb sprechen sie sich für eine einzige Verschärfungs-Stufe aus. Auch erinnern sie sich mit großem Unbehagen an die kurz aufeinander folgenden Novellen der EnEV 2007 und 2009. Wenn alle zwei Jahre neue Standards gelten, würden sich die Begriffe, Förderprogramme und letztlich auch die Ausführung „vermischen“. Heute sei es zwingend notwendig, ausführliche Dokumentationen zu einem Gebäude bereitzuhalten, was bei rasch wechselndem Standard immer schwieriger werde. Außerdem müssten die EnEV-Software laufend aktualisiert werden, ohne die ein Energie-Nachweis heu-

te nicht mehr möglich sei. „Und die Förderprogramme der KfW?“ fragt ein Leser. Kaum habe er einen Antrag für eine Effizienzstufe gestellt, würde die EnEV wieder novelliert und das Chaos sei perfekt – wie er es bei der Umstellung von der EnEV 2007 auf 2009 erlebt habe. Die Lösung könne nur sein: weniger Änderungen mit längerem Bestand, dafür jedoch mit schärferen Anforderungen.

Ein Teilnehmer begründet seine Vorliebe für eine einzige höhere Verschärfung durch die baulichen und anlagentechnischen Möglichkeiten: Betrachte man ein Einfamilienhaus mit den EnEV-Referenzwerten (Gebäudehülle, Anlagentechnik, Ausnahme: Fußbodenheizung), wäre es heute noch möglich, lediglich durch einen verbesserten Transmissionswärmeverlust den Primärenergiebedarf des Hauses um ca. 30 Prozent zu senken. Durch eine höherwertige Anlagentechnik einschließlich Wärmerückgewinnung wäre eine zusätzliche Einsparung von insgesamt 25 Prozent relativ einfach zu erreichen.

Ein anderer, sehr kritischer Leser sieht in der Energiepolitik ein Armutszeugnis der Bundes- und Länderregierungen. Es wären wesentlich schärfere Anforderungen bei gleichzeitiger Prüfverpflichtung der Nachweise und der Kontrolle vor Ort nötig. Dies solle in wenigen Schritten erfolgen, die möglichst jetzt bereits bis zum Jahr 2019 bzw. 2021 vorgegeben wären. Dies würde die durchaus vorhandene technische Entwicklung von passivhaustauglichen Bauteilen und Baustoffen stark beschleunigen und qualitativ minderwertige Produkte und Bauweisen aus dem Markt drängen.

Ein anderer Umfrage-Teilnehmer meint: Zur Erreichung der Klimaschutzziele sei eine schnelle und effiziente Novellierung erforderlich, damit die Bauwirtschaft nicht zum Erliegen komme. Auch müsste der Bund hohe finanzielle Zuschüsse gewähren, um die Auftraggeber zu entlasten.

Einstufige Verschärfung anders gestalten!

Im Neubau sei eine einstufige Verschärfung eher sinnvoll. Darin sind sich zahlreiche Umfrage-Teilnehmer einig. Mittlerweile könnten auch Nullenergie- und Passivhäuser wirtschaftlich gebaut werden. Den „EnEV easy“ Ansatz sehen viele sehr kritisch, insbesondere weil die Prüfung, ob diese Methode genutzt werden kann, sehr aufwändig sei. Dringend nötig sei auch, dass die EnEV mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) besser abgestimmt werde. Diese beiden Regelungen sollten am besten in einer einzigen Energieverordnung für Gebäude zusammengefasst werden.

Dass die künftige EnEV die U-Werte der Außenbauteile nicht mehr verschärfen sollte, weil der Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis mehr zueinander stünden – auch solche Meinungen gibt es. Bei der finanziellen Förderung durch den Staat solle nicht mehr der Wärmeschutz im Vordergrund stehen. Statt den Transmissionswärmeverlust als Kriterium zur Förderung heranzuziehen solle nur der Primärenergiebedarf eine Rolle spielen. Auf diese Art und Weise würde eine nachhaltige Energienutzung gefördert anstelle einer sehr starken Dämmung und umfassender Technik.

Ein Planer gibt zu bedenken, dass Auftraggeber sich verstärkt um die Standardisierung ihrer Gebäude bemühen. Dadurch gebe es Musterobjekte, an denen sich andere orientieren können. Bei zu kleinen Zeitspannen zwischen Verschärfungen wäre es schwer nachzuvollziehen warum ein Gebäude, das kurz zuvor gebaut wurde, einen niedrigeren Energie-Standard aufweisen dürfe.

Bei der Novellierung stünden eher politische als wirtschaftliche und energetische Gesichtspunkte im Vordergrund, kritisieren einige Umfrage-Teilnehmer. Als Anwender der EnEV fordern sie mehr Planungssicherheit. Auch terminlich rücke die Entscheidung für die EnEV-Novelle immer weiter in die Ferne. Wenn man die politische Absicht hätte und Pflicht die EU-Gebäuderichtlinie umzusetzen, dann solle man so früh wie möglich damit anfangen. Wünschenswert seien auch präzisere und belastbarere Verordnungstexte, steuerliche Entlastung für energetische Sanierung, eine bessere Qualifizierung der Handwerker. Auch eine Kostenüberwachung bei Baumaterialien und technische Anlagen ist erwünscht, weil sie dank staatlicher Förderung (Subvention) unnötig verteuert angeboten würden – wie Dämmung oder Wärmepumpen. Die Energieberater wünschen sich eine Honorarordnung sowie eine schnellere Umsetzung marktnaher Forschungsergebnisse. Außerdem solle im Altbau eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen bis zum Jahr 2025 erfolgen.

Verschärfung in zwei Stufen

Einige Leser wiederum wünschen sich eine moderate Verschärfung in wenigen, einfachen Schritten. Auch sei die EnEV viel zu kompliziert aufgebaut. Wünschenswert wäre nach ihrer Ansicht ein einfaches, klares Ziel – beispielsweise das Null- oder Plusenergiehaus – und eine schrittweise Annäherung in diese Richtung, so dass bereits heute absehbar sei, welche Verschärfung ab wann eintreten werde. Die Novellierungen stifte aktuell bei allen Beteiligten vom Bauherrn über Handwerker und Architekten bis zu den Förderinstituten, Banken und auch den Softwareherstellern viel Unsicherheit und würde unnötig hohe Energien binden.

Etliche Leser befürworten eine zweistufige Änderung, sehen jedoch ganz andere Möglichkeiten, durch die EnEV-Novelle die Energiesparziele zu erreichen. Die Umfrage-Teilnehmer weisen vielfach

darauf hin, dass nicht der Neubau das „energetische Problem“ sei. Eine Verschärfung sei dennoch sinnvoll, solange sie nicht von den Baufirmen und Bauträgern als Preistreiber genutzt werde. Die Preise für Neubauten seien schon hoch und der Wohnraumangel würde sich bei noch höheren Kosten weiter verschärfen.

Die meisten Umfrage-Teilnehmer sprechen sich dafür aus, den Energiestandard im Baubestand zu verschärfen: Auch bei „Schönheitsreparaturen“ von Altbauten solle zuerst eine energetische Sanierung geplant und eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durchgeführt werden. Dieses solle für die ausführende Firma verpflichtend und für den Eigentümer kostenfrei sein. Die Firma bekomme idealerweise eine finanzielle, staatliche Förderung für die Erstellung des Sanierungs-Gutachtens.

Fazit

Wie erwartet, spricht sich die Mehrzahl der Umfrage-Teilnehmer für eine einzige Änderungs-Stufe aus. Uneinigkeit besteht über Art und Umfang der Verschärfung der Kriterien. Sie wünschen sich eine längerfristige Planungssicherheit: Die kommenden Anforderungen sollten bereits heute kommuniziert werden. Immer deutlicher wird der Ruf nach einer einheitlichen, bundesweit geltenden energiesparrechtlichen Regelung für Gebäude. Die jetzige Situation mit den parallel wirksamen Energieeinsparungsgesetz (EnEG), EnEV und EEWärmeG führen in der Praxis zu vielen Missverständnissen und Fehlern. Die befragten Planer, Architekten und Energieberater wünschen sich offensichtlich anders gestaltete Änderungen der EnEV-Novelle, um die Energiesparziele langfristig erreichen zu können und die Bauherren nicht zu überfordern. ■



Dipl.-Ing. Melita Tuschinski

Seit 1996 ist die Autorin mit ihrem Institut für Energie-Effiziente Architektur mit Internet-Medien in Stuttgart selbstständig tätig. In ihrem Expertenportal EnEV-online.de informiert sie über energierelevante Themen im Baubereich und antwortet im Rahmen des Online-Workshops auch auf Fragen zur EnEV und EEWärmeG in der Praxis. www.EnEV-online.de, www.tuschinski.de